

# STOP Abschiebung!

Seit der faktischen Abschaffung des Asylrechts nehmen in Deutschland die Abschiebungen zu. Kurden werden in die Hände der türkischen Militärpolizei abgeschoben, iranische Oppositionelle müssen zurück zum Mullah-Regime. Menschen aus Afghanistan, Zaire und Burundi, in denen verschiedene staatliche oder halbstaatliche Gangsterbanden herrschen, erhalten kein Bleiberecht. Begründung: Wo es keinen richtigen Staat gibt, gibt es auch keine staatliche Unterdrückung. Viele verschwinden nach der Abschiebung, ihr Schicksal ist unklar. Abgeschobene Kurden werden auf Istanbuler Polizeistuben gefoltert, in Indien wurden Flüchtlinge nach der Rückkehr von Polizisten erpreßt und ermordet. Insgesamt wurden 1993 40 000 Menschen in ihre „Heimat“ abgeschoben.

*(Weiter auf Seite 2)*



**Jugend gegen Rassismus in Europa - JRE**

## Abschiebestop aufgehoben

Für die größten Flüchtlingsgruppen - türkische Kurden und Menschen aus Rest-Jugoslawien, z. B. serbische Kriegsdienstverweigerer - bestand bis 30. 11. 94 ein allgemeiner Abschiebestop. Zu offensichtlich waren die Gefahren, die diesen Menschen in ihren Herkunftsländern drohen. Den Abschiebestop hat Innenminister Kanther aufgehoben, obwohl bis auf Bayern alle Bundesländer diesen verlängern wollten. Zwar dürfen die Länder den Abschiebestop für KurdInnen bis zum 20. Januar verlängern, doch danach droht die endgültige Aufhebung.

## Flüchtlinge als Sündenböcke

Kanther spricht davon, durch die Duldung von Bürgerkriegsflüchtlingen drohe ein „neuer Asylsog“. Außerdem versucht die Regierung vor allem Kurden als „Terroristen“ oder „Drogendealer“ darzustellen. Die Zahl der Flüchtlinge, die in die BRD

einreisen, ist von 49.000 im Oktober 1992 auf 9000 im April dieses Jahres gesunken. Nimmt man die Propaganda der Regierung ernst, dürfte das „Boot“ nicht mehr „voll“ sein! Doch darum geht es nicht. Deutschland war nie von „Überfüllung“ bedroht. Diese Parolen aus der Asyldebatte dienen dazu, die Flüchtlinge zu Sündenböcken zu machen und von den Ursachen der hausgemachten sozialen Probleme abzulenken. Sie sollen ablenken von sinkenden Einkommen und Sozialabbau, die deutsche Unternehmer und ihre Politiker gegen die ArbeiterInnen durchsetzen wollen, von Arbeitslosigkeit, die durch Entlassungen von deutschen Konzernen verursacht wird, von Wuchermieten und Wohnungsnot, durch die deutsche Miethaie, Makler und Banken ihre Profite erhöhen.

## Unwürdige Bedingungen

Um Flüchtlinge abzuschrecken und sie noch mehr von der deutschen Bevölkerung zu isolieren, müssen sie hier unter unwür-

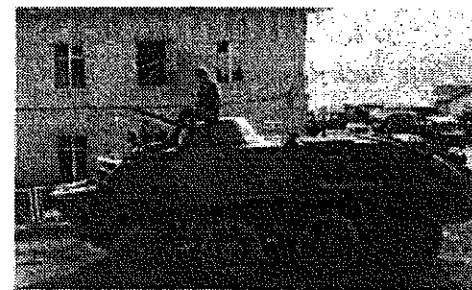
digen Bedingungen leben. Sie werden in Sammellagern zusammengepfercht, ihre Sozialhilfe wurde gekürzt. Sie haben kein Geld, um sich eigene Mahlzeiten zuzubereiten, sondern müssen das Großküchen-Essen nehmen. Ihre Bewegungsfreiheit ist eingeschränkt.

*Amnesty international* berichtet von immer mehr Polizeischikanen gegen Flüchtlinge, von Kontrollen bis zu Folter. Vor der Abschiebung droht die Abschiebehaft. Bis zu 18 Monaten dürfen Menschen wie Kriminelle in ein Gefängnis gesteckt werden, obwohl sie kein anderes „Verbrechen“ begangen haben, als daß ihr Antrag auf Asyl nicht durchgekommen ist. Die Abschiebung selbst ist wegen gestiegener Brutalität der Polizei gefährlich geworden. Auf dem Frankfurter Flughafen sind 1994 mindestens zwei Menschen bei der Abschiebung durch Knebelung erstickt.

## Bleiberecht für alle!

Der Abschiebestop für Bürgerkriegsflüchtlinge muß sofort wieder in kraft gesetzt werden. Sämtliche Abschiebungen müssen gestoppt werden. Wir kämpfen für ein Bleiberecht für alle in Deutschland lebenden Menschen. Wir fordern die sofortige Abschaffung der Abschiebehaft. Flüchtlinge müssen die volle Sozialhilfe in bar bekommen, Massenverpflegung, Lebensmittelgutscheine und menschenunwürdige Sammellager müssen abgeschafft werden.

Wir treten dafür ein, daß genug Wohnraum für alle in Deutschland lebenden Menschen geschaffen wird. Die technischen Möglichkeiten sind vorhanden. Bund, Länder und Gemeinden müssen genügend erschwinglichen Wohnraum zur Verfügung stellen, wenn private Wohnungsanbieter dies nicht leisten. Wir kämpfen für die Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze gegen AusländerInnen und für gleiche Rechte für



## Türkei: Krieg in Kurdistan

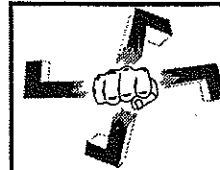
Im Südosten des Landes führt die türkische Armee einen blutigen Bürgerkrieg gegen die Kurden. Seit 1984 sind über 12.000 Menschen ums Leben gekommen. Die Armee hat 1600 Dörfer zerstört, Zehntausende sind aus ihrer Heimat vertrieben. In Kurdistan setzt die Türkei auch deutsche Waffen ein. Journalisten und Verkäufer kritischer Zeitungen müssen damit rechnen, von Todesschwadronen getötet zu werden. Angeblich herrscht im Westem der Türkei keine politische Verfolgung. Doch die Urteile gegen Leyla Zana und sieben andere kurdische Parlamentsabgeordnete - 15 Jahre Haft für freie Meinungsäußerung! - zeigen die Realität. Bei ihrem Urteil hat sich der türkische Staat „zurückgehalten“. Oppositionelle, die nicht so in der Öffentlichkeit stehen, können keine „Gnade“ erwarten: Das Redaktionsgebäude der pro-kurdischen Zeitung *Özgür Ülke* wurde kurzerhand in die Luft gesprengt, drei Mitarbeiter getötet.

## Katshiabala T., Zaire:

## Abgeschoben zu den Verfolgern

T. gehörte zur Opposition gegen den Diktator Mobutu. Schon in den 80ern wurde er verhaftet und gefoltert. 1990 fahndete das Militärregime wegen seiner Teilnahme an einem Oppositionstreffen nach ihm. Er verließ das Land und kam nach Deutschland. 1991 kehrte er mit gefälschten Papieren nach Zaire zurück, weil er sich um seine Familie sorgte. Die Suche nach der Familie blieb erfolglos, er schloß sich wieder der Opposition an. 1992 floh er erneut vor der Geheimpolizei. Er kam wieder nach Deutschland und stellte, da er seinen richtigen Paß nicht mehr hatte, einen neuen Asylantrag mit dem falschen Paß. Dies ist laut Ausländergesetz ein Abschiebegrund, er wurde in Abschiebehaft genommen. Seine Schilderung wurde von den Gerichten als unglaubwürdig bezeichnet, weil er falsche Papiere hatte. Trotz der Bitte des Hohen Flüchtlingskommissars der UNO und einer massiven Kampagne für sein Bleiberecht wurde T. im September 93 von der Bremerhavener Ausländerpolizei in die Hände des zairischen Folterregimes abgeschoben. Was seitdem mit ihm passiert ist, ist unklar.

alle hier lebenden Menschen. Die Nicht-Vorhandensein demokratischer Rechte für die AusländerInnen wird immer wieder von Unternehmern und ihre Politikern benutzt, um ArbeiterInnen und Jugendliche verschiedener Nationalitäten gegeneinander auszuspielen und Lebensstandard und demokratische Rechte abzubauen.



JRE trifft sich:

## Mach mit bei JRE!

*Jugend gegen Rassismus in Europa* kämpft gegen die rassistische und arbeitnehmerfeindliche Kohl-Regierung. Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten. JRE Deutschland ist Teil einer internationalen Jugendbewegung, in 14 Ländern Europas haben sich Jugendliche zusammengeschlossen, um gegen Neonazis, staatlichen Rassismus und Nationalismus zu kämpfen.

Wenn auch Du die Schnauze voll hast von Rassismus, Sozialabbau und Arbeitslosigkeit, werde aktiv bei JRE. Kämpfe mit uns gegen Faschismus und Rassismus und für eine bessere Zukunft!

V.i.S.d.P.: M. Albert, c/o JRE, Postfach 30 06 29, 50776 Köln

## JRE kämpft für:

- ★ **NEIN zur Abschiebehaft**
- ★ **Sofortiger Abschiebestop**
- ★ **Bleiberecht für alle**
- ★ **Wohnungen statt Sammellager, volle Sozialhilfe statt Gutscheine**
- ★ **Abschaffung der Sondergesetze gegen Ausländer**
- ★ **Arbeit, Ausbildung und Wohnung für alle**

Ja

... ich interessiere mich für die Arbeit von Jugend gegen Rassismus in Europa und möchte  
O weitere Informationn geschickt bekommen  
O Mitglied bei Euch werden  
O Unterschriftenlisten für die  
"Stoppt Abschiebung"-Kampagne haben.

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Pl.Z, Ort \_\_\_\_\_

Beruf, Alter \_\_\_\_\_

Einsenden an JRE, Postfach 30 06 29, 0776 Köln  
fon 02 21 / 81 18 86, fax 02 21 / 81 10 46